



Mitbestimmung wird zur Nagelprobe für Rot-Grün

Im Oktober 2007 hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung ein über 30 Jahre altes Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) durch ein noch älteres ersetzt. Nur, um die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nachhaltig zu beschneiden. Vor der Wahl hatte Rot-Grün versprochen, innerhalb der ersten 100 Tage nach Übernahme der Regierungsverantwortung die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder herzustellen. Doch inzwischen tut sich die neue Landesregierung damit schwer. Öffentlich hat sie weder klar definierte Ziele für die LPVG-Reform benannt, noch einen konkreten Fahrplan vorgelegt.

Wie festgefahren die Situation in Sachen Mitbestimmung offenbar ist, zeigt wie in einem Brennglas die Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) vom 15. September. 34 Seiten stark ist das Regierungsprogramm, das Kraft an diesem Tag den Abgeordneten vorträgt, aber das Thema Mitbestimmung kommt nur ganz am Rande vor. In einem einzigen Satz. „Mitbestimmung bleibt ein wichtiger Hebel. Deshalb werden wir die Verschlechterungen des Landespersonalvertretungsgesetzes rückgängig machen“, sagt Kraft. Wann und wie, dazu schweigt die Ministerpräsidentin.

Hintergrund dieses Dilemmas: Rot-Grün hat im Landtag keine Mehrheit und die abgewählten Koalitionsparteien CDU und FDP werden ihr keine Leihstimmen für eine LPVG-Reform geben. Die Koalition ist deshalb auf die Unterstützung der Linkspartei angewiesen. Die hat aber weitergehende Vorstellungen zur Mitbestimmung und will einer Reform light nicht zustimmen. Ein Schar-

nier, das beide Positionen zusammenbringen könnte, hat Rot-Grün aber noch nicht gefunden und schiebt deshalb die versprochene LPVG-Reform auf die Wartebank.



Zu Oppositionszeiten hat die heutige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) noch gemeinsam mit der GdP für den Erhalt der Mitbestimmung demonstriert.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat die neue Landesregierung eindringlich aufgefordert, diese Form der Selbstblockade zügig zu beenden. „Die Wiederherstellung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist kein x-beliebige Ziel unter vielen, sondern ein zentrales Wahlversprechen“, betont Richter.

„Die Einlösung dieses Versprechens ist deshalb eine Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit der neuen Landesregierung.“

Dass auch Hannelore Kraft das selber so sieht, hatte die heutige Ministerpräsidentin zu Oppositionszeiten immer wieder betont. Noch im Oktober 2008 kündigte sie auf einer Pressekonferenz an, dass die SPD im Falle eines Wahlerfolges die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst unverzüglich wieder herstellen werde. Auch Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke haben vor der Wahl ähnliche Zusagen gemacht.

Die GdP erwartet deshalb, dass die für eine Reform vorhandene politische Mehrheit jetzt auch genutzt wird, denn der dafür zur Verfügung stehende Zeitrahmen ist eng begrenzt: Weil bereits im Frühjahr 2012 die Neuwahlen der Personalräte anstehen, muss das neue Gesetz zügig auf den Weg gebracht werden, damit es für die Wahl noch greift.

Grundlage für eine Reform des Mitbestimmungsrechts muss nach Meinung der GdP das „Eckpunktepapier für ein neues Personalvertretungsrecht im öffentlichen Dienst“ sein, das die GdP zusammen mit der Bildungsgewerkschaft GEW, der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem DGB im Oktober 2008 vorgelegt hat (mehr Infos: www.gdp-nrw.de; Themen).

Ziel der Eckpunkte ist es, dass NRW bei der Mitbestimmung wieder führend in der Bundesrepublik wird. Acht, der in dem

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

umfangreichen Eckpunktepapier enthaltenen Forderungen sind besonders wichtig:

1. Es muss wieder die Möglichkeit geschaffen werden, Teile von Dienststellen zu selbständigen Dienststellen im Sinne des LPVG zu erklären, um eine ortsnahe und effektive Personalratsarbeit zu ermöglichen.
2. Das Vorstandsprinzip aus § 29 muss wieder abgeschafft werden, weil es das Gruppenprinzip (Beamte/Arbeitnehmer) stärkt, die Entsolidarisierung der Gruppen fördert und damit die Dienststellenleiter zu Lasten der Beschäftigten stärkt.
3. Die Freistellungsregelungen müssen wieder auf den Stand vor der Novellierung gebracht werden. Dies ist für eine effektive Personalratsarbeit im Interesse der Beschäftigten unerlässlich. Teilfreistellungen von zwölf Stunden werden diesem Anspruch nicht gerecht. Das gilt auch für die Beschränkung der Freistellungsmöglichkeiten in den Stufenvertretungen. Im Bereich der Polizei ist die Lösung dieses Problems wegen des zweistufigen Verwaltungsaufbaus besonders dringlich.
4. Die Bearbeitungszeiten in § 66 sind wieder auf den „alten“ Stand zurückzuführen. Ein hoher Zeitdruck ist der Qualität abträglich. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Fristenregelungen des § 66 in der gültigen Fassung nicht praktikabel sind.
5. Der sogenannte Versagungskatalog in § 66 Abs. 3 schränkt die Möglichkeiten der Personalräte bei der Ablehnung von Vorlagen der Dienststellenleiter einseitig stark ein und muss daher abgeschafft werden.
6. Die 2007 erfolgte Änderung in § 83, die den Kommissaranwärterinnen und

Die Mehrheit steht – Kraft muss sie nur nutzen

„Sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen, eine faire, leistungsgerechte Bezahlung sowie eine starke Mitbestimmung sind die Voraussetzungen für Leistungsbereitschaft und Motivation der Beschäftigten und den sozialen Frieden in unserem Land“. Das hat Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung gesagt – und dabei die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausdrücklich eingeschlossen. Denn auch sie brauchen gute Arbeit, eine faire Bezahlung und eine starke Mitbestimmung. Dass Rot-Grün keine eigene Mehrheit hat, wusste Kraft, als sie sich Mitte Juli an die Spitze einer Minderheitenregierung hat wählen lassen. Man werde die Mehrheit von Fall zu Fall suchen. Und man werde sie finden – sagte sie damals. Zu fragen ist deshalb: Wer und was hindert die Regierung, dieser Ankündigung bei der Mitbestimmung endlich Taten folgen zu lassen?



Ein Entwurf für ein modernes, zeitgemäßes Mitbestimmungsrecht liegt auf dem Tisch. Die bereits vor zwei Jahren von allen DGB-Gewerkschaften erarbeiteten Eckpunkte für die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weisen den Weg. Sie müssen nur noch in einen Gesetzestext umformuliert werden. Denn die Eckpunkte sind kein weltfremdes Wunschkonzert, sondern sie formulieren, was Mitbestimmung heute heißt, wenn es der Politik mit der Beteiligung der Beschäftigten wirklich ernst ist. Auf sie muss deshalb auch nicht draufgesetzt werden. Weder von einzelnen Gewerkschaften noch von der Linkspartei. Denn Politik ist kein Wünschdirwas für den Himmel, sondern Politik ist die Kunst des Möglichen. Deshalb muss das Mitbestimmungsrecht jetzt geändert werden, so lange es die Mehrheit dafür gibt.

Frank Richter

- anwärtern das Wahlrecht zu den örtlichen Personalräten genommen hat, ist rückgängig zu machen.
7. Die Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte der Personalräte müssen wieder ausgeweitet werden. Umsetzungen, Privatisierung und Kündigungen sind dabei nur einige Beispiele.
8. Hinzu kommt: Eine bloße Rückführung der Mitbestimmung auf den Stand aus dem Jahre 2007 würde nicht ausreichen. So müssen zum Beispiel auch der Bereich der Informationstechnik, der Beschäftigung von 1-Euro-Jobbern und Leiharbeitern in den Dienststellen der Mitbestimmung der Personalräte unterworfen werden.



Zu einem ersten Arbeitsgespräch in seiner neuen Funktion als Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW hat sich der frühere nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Guntram Schneider (SPD) am 18. August mit den Vorstandsmitgliedern Brigitte Herrschaft, Adi Plickert und Frank Richter getroffen. Die GdP hat das Gespräch genutzt, um noch einmal ihre Forderungen nach Übernahme aller Auszubildenden für mindestens zwölf Monate und nach einem Ende der Privatisierung zu begründen. Unter Schwarz-Gelb waren Auszubildende selbst dann nicht übernommen worden, wenn die ausbildende Behörde deren Weiterbeschäftigung gefordert hatte, weil behördenintern ein massiver Personalmangel herrscht. Zudem wurden Küchen und kleinere Kfz-Werkstätten privatisiert, obwohl die Leistungen anschließend von privaten Unternehmen zu höheren Kosten eingekauft werden mussten. „Wir erwarten, dass diese unsinnige, arbeitnehmerfeindliche Politik mit dem Regierungswechsel endgültig beendet ist“, fasste die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Brigitte Herrschaft die Erwartungen an die neue Landesregierung zusammen.



Stadt und Veranstalter entziehen sich weiter der Verantwortung

Auch mehr als zwei Monate nach dem tragischen Unglück bei der Duisburger Loveparade herrscht noch immer Unklarheit über den genauen Unfallhergang. Während der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) seine Unterstützung für eine rückhaltlose Aufklärung des Unglücks angekündigt und der ermittelnden Staatsanwaltschaft alle notwendigen Unterlagen übergeben hat, mauern die Duisburger Stadtverwaltung und der Veranstalter Lopavent. Beide streiten jede Verantwortung für den Tod von 21 Menschen und für die Hunderte von Verletzten ab. Aufklärung über den tatsächlichen Unfallhergang wird deshalb wahrscheinlich erst das Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft geben.

Trauriger Höhepunkt der bisherigen Versuche einer Aufarbeitung der Unglücksursache war die Anhörung des nordrhein-westfälischen Innenausschusses am 2. September. Loveparade-Veranstalter Rainer Schaller war zur Anhörung gar nicht erst erschienen, sondern hatte seine Anwälte geschickt, die im Ausschuss lieber selber Fragen stellten, statt die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Schaller weist die Schuld an dem tragischen Unglück der Polizei zu. Er hat dazu ein Video ins Internet gestellt, das belegen soll, dass die Polizei zum falschen Zeitpunkt an der falschen Stelle Ketten gebildet hat. Sie seien der Auslöser der Massenpanik gewesen. Doch zur Aufklärung trägt das Video nicht bei. Warum die Ketten gebildet wurden, welche Anforderungen es dazu vom eigentlich verantwortlichen Crowd-Manager des Veranstalters gab, warum es an den neuralgischen Stellen nicht genügend Ordner von Lopavent gab, und warum die Eingangsschleusen nicht geschlossen wurden? – zu all diesen Fragen schweigt Schaller. Von Aufklärung keine Spur. Der von Lopavent beauftragte Crowd-Manager verweigert die Aussage. Das Videomaterial von Kamera 17, das die Eingangsschleuse beobachtet hat, wurde „aus technischen Gründen nicht mitgeschnitten“. Das jedenfalls hat Schaller dem WDR gegenüber erklärt. Zudem lenkt das von Schaller veröffentlichte Videomaterial von den Folgen seines eigenen Versagens ab. Die verlogenen Angaben von Lopavent über die Besucherzahlen, sein unbrauchbares Sicherheitskonzept, das viel zu späte Öffnen des Geländes, die gravierenden Fehler an den Einlassstellen und der mangelhafte Ordneinsatz waren wesentliche Ursachen der Katastrophe.

Aber auch die Stadt Duisburg hat bisher wenig zur Aufklärung des Unglücks beigetragen. So erklärte Oberbürgermeister

Adolf Sauerland (CDU) im Innenausschuss, die Stadt habe dem Veranstalter zwar Auflagen für das Veranstaltungsgelände gemacht, deren Umsetzung aber am Tag der Loveparade nicht kontrolliert. Der Grund: Dafür sei sie schlicht nicht zuständig. Eine verquere Rechtsauffassung, die zwar geltendem Recht widerspricht, zu deren Rechtfertigung die Stadt aber ein eigenes Gutachten erstellen ließ. Gestützt wird Sauerland dabei auch von Innenpolitikern von Union und FDP. Die CDU fürchtet, dass sie bei einem Rücktritt des Duisburger Oberbürgermeisters im Ruhr-

gebiet politisch an Macht verlieren könnte, und bringt deshalb im Landtag immer wieder Innenminister Ralf Jäger (SPD) ins Spiel. Ihm wirft sie eine Vertuschung der Unglücksursache vor, weil Jäger den Landtagsabgeordneten nicht die Einsatz- und Funkprotokolle der Polizei zur Verfügung gestellt hat, um die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht zu gefährden. Darum hatten die Staatsanwälte Jäger sogar ausdrücklich gebeten.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat deshalb wiederholt in der Öffentlichkeit davor gewarnt, das tragische Unglück bei der Loveparade für parteipolitische Zwecke zu instrumentalisieren. „Wir schulden es den Opfern, dass sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung stellen, nicht nur die Polizei“, sagte Richter unmittelbar nach der Sitzung des Innenausschusses. „Dieses Unglück darf sich nie wiederholen. Deshalb ist es wichtig, dass die Politik die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft abwartet, um daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, statt das Unglück parteipolitisch zu zerreden.“

Mit mehreren tausend Beamten hat die Dortmunder Polizei am 4. September ein Aufeinandertreffen von 1500 in der Stadt versammelten Rechtsradikalen mit den Teilnehmern von fast 40 Gegendemonstrationen verhindert. Der Großeinsatz war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht den zuvor vom Dortmunder Polizeipräsidenten verbotenen Aufmarsch der Neonazis in Teilen erlaubt hatte. Die Entscheidung der Karlsruher Richter fiel nur Stunden vor dem geplanten Demonstrationsbeginn der Neonazis. Um beide Gruppen zu trennen, hat die Dortmunder Polizei die mit Zügen angereisten Rechtsextremisten in geschlossenen U-Bahn-Wagen vom Hauptbahnhof zu einem am Hafen gelegenen Kundgebungsplatz eskortiert. Am Bahnhof und bei Sitzblockaden der Gegendemonstranten kam es zu kleineren Rangeleien mit der Polizei. Begleitet wurde die Demonstration auch von einem Kamerateam des ZDF, die den GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter über mehrere Stunden dabei beobachtet hat, wie er die im Einsatz befindlichen Polizisten besucht. Die Aufnahmen sind Teil einer geplanten Reportage über Gewalt gegen Polizei.



Sporterlass bald ohne Seepferdchen

Fast drei Jahre hat der Entwurf für den Sporterlass für die Polizei in NRW in der Schublade geschlummert, weil sich der frühere Innenminister Ingo Wolf (FDP) auch nach unzähligen Gesprächen mit dem Polizeihauptpersonalrat nicht über die Ziele einigen konnte. Nach dem Regierungswechsel ist Bewegung in die Verhandlungen gekommen. Ein Sporterlass, der diesen Namen auch verdient, ist in greifbare Nähe gerückt.

Einer der Hauptstreitpunkte bei den Verhandlungen unter Schwarz-Gelb war die Forderung von Wolf nach Aufnahme einer Rettungsübung in den Sporterlass. Wolf, der ehrenamtlich in der DLRG aktiv ist, wollte erreichen, dass alle Polizeibeamte regelmäßig das Rettungsschwimmen üben. Gefordert werden sollte das 15-Meter Streckentauchen mit anschließendem Weiterschwimmen über 25 Meter sowie kopfwärts Abtauchen und Herausheben eines Tauchringes. Auch das Abschleppen eines gleichschweren Partners und die Befreiung aus einer Brust- oder Halsumklammerung von hinten sollten regelmäßig geprüft werden. Die GdP hatte diese Übungen als überflüssig und zu aufwendig abgelehnt.

Ganz anders sind die Akzente, die der neue Innenminister Ralf Jäger (SPD) setzen will. In einem Gespräch mit der GdP hat Jäger erklärt, dass er ein zukunftsorientiertes Gesundheitsmanagement für die Polizei für sehr wichtig hält. Ein Baustein dabei müsse ein gut organisierter Dienstsport sein. „Wenn der Sporterlass in den letzten Jahren wegen des Schwimmens nicht zustande gekommen ist, denke ich, dass wir hier gemein-

sam Lösungsmöglichkeiten finden werden“, kündigte Jäger gegenüber der GdP an. Adi Plickert, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP, hat den neuen Verhandlungsstil begrüßt. „Die demografische Entwicklung der nächsten Jahre und die gleichzeitig weiter steigende Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung bei der Polizei machen umgehende Maßnahmen zum Gesundheitsmanagement erforderlich“, betont Plickert. „Wir haben mit dem Sporterlass schon drei Jahre verloren, und das nur, weil der bislang amtierende Innenminister nicht bereit war, die Rettungsübung aus dem Sporterlass zu streichen.“

Aus Sicht der GdP sind folgende Veränderungen an dem bislang vorliegenden Entwurf des Sporterlasses erforderlich:

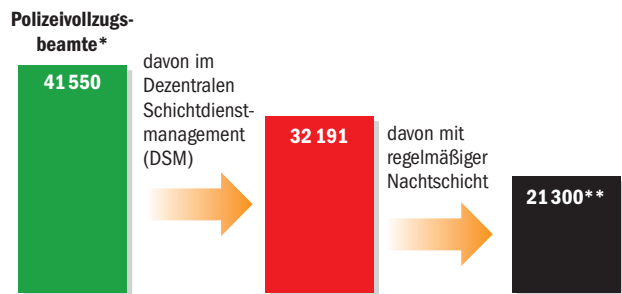
1. eine verbindliche Festlegung, wer für Planung und Koordination des Dienstsportes in der Behörde verantwortlich ist,
2. die Gewährung von 36 Stunden Dienstsport pro Jahr für alle Polizeivollzugsbeamte,
3. die Erweiterung der Leistungsabnahme durch weitere Disziplinen (z. B. EPLA) bzw. eines noch zu definierenden Fitnessstests für die Polizei NRW,
4. die Begrenzung der Leistungsabnahme auf ein noch zu bestimmendes Alter,
5. eine Stundenvergütung für die Ablegung des Leistungstests (Förder-Anreiz),

6. keine Verrechnung zwischen Sport im oder außerhalb des Dienstes bei der Stundenvergütung,
7. die Streichung der Rettungsübung und des BMI-Tests,
8. die Aufnahme von qualifizierten, zertifizierten Fitnessstudios in das Dienstsportangebot und den Dienstunfallschutz gemäß § 31 Beamtenversorgungsgesetz.

Adi Plickert sieht die Chancen auf eine Einigung positiv: „So wie ich den neuen

Jeder Zweite arbeitet regelmäßig nachts

Verbreitung von Nachtschichten bei der Polizei in NRW



*einschließlich Teilzeit, **hinzü kommen 65 Tarifbeschäftigte mit regelmäßiger Nachtschicht
Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Wolfgang Exler (CDU)



Bei den in Kürze beginnenden Verhandlungen über die Einführung eines Gesundheitsmanagements für die Polizei geht es auch um die Frage, wie die gesundheitsschädlichen Folgen der permanenten Nachtarbeit gemindert werden können. Dass häufige Nachtschichten für Polizisten die Regel und nicht die Ausnahme sind, zeigt eine kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Wolfgang Exler. Exler ist Mitglied der GdP.

Innenminister in einem ersten Gespräch zum Sporterlass erlebt habe, hat das Thema Gesundheitsmanagement/Sport bei ihm eine hohe Priorität. Es ist auch sein Wunsch, dass der neue Sporterlass so schnell wie möglich in Kraft tritt.“

Der Hauptpersonalrat hat die Gespräche über den Sporterlass inzwischen wieder aufgenommen. Plickert schätzt, dass bereits bis Ende Oktober eine Einigung über den neuen Sporterlass erzielt werden kann. Danach gelte es, zügig ein Rahmenkonzept für das Gesundheitsmanagement auszuarbeiten. Hierzu hat die GdP bereits im Juli ein umfangreiches Positionspapier vorgelegt, das auch auf der Homepage des Landesbezirks zum Download bereit steht.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de (Brochüren)

Anzeige

POLIZEI LEDERBLOUSON

Polizei-Lederblousons, für Damen und Herren aus eigener Herstellung nach Leistungsbeschreibung und TL gefertigt. Lagerbestände können mit und ohne Beschriftung geliefert werden. Zusätzliche Sonderausrüstung mit ausreißbarem Winterfutter. Zum Sonderpreis pro Stück von

135,-€

Fa. J. Häckel
Lederbekleidung / Lederhandschuhe
Buldernweg 37/39 · 48163 Münster
Tel.: 02 51 / 78 54 11 · Fax: 02 51 / 78 77 35



GdP erreicht Vorziehen der Wiederholungsprüfung

Die 49 Polizeianwärterinnen und -anwärter, die in diesem Sommer ihre Abschlussprüfung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) nicht bestanden haben, müssen kein ganzes Jahr warten, um ihre Prüfung zu wiederholen, sondern erhalten bereits Anfang 2011 eine zweite Chance, ihre Ausbildung als Polizeibeamte zu beenden. Das hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) entschieden, nachdem die GdP ihn zuvor darauf aufmerksam gemacht hatte, dass es keinen Sinn macht, die im ersten Durchgang durchgefallenen Kandidaten ein ganzes Jahr auf den Abschluss ihrer Ausbildung warten zu lassen. Dies hatte das Ministerium aber zunächst geplant.

Die GdP hatte die Pläne scharf kritisiert. „Wir brauchen in den Wachen jede Kollege und jeden Kollegen, um die immer größer werdenden Löcher zu stopfen. Deshalb macht eine Wartezeit von einem Jahr für die Wiederholungsprüfung keinen Sinn“, hatte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter argumentiert. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass 2008 das bisherige Diplomstudium Polizeivollzugswesen auf einen Bachelor-Abschluss umgestellt worden ist. Beide Studienordnungen sind nicht vergleichbar. Die angehenden Polizeibeamten, die in diesem Jahr durch die Prüfung gefallen sind, können deshalb nicht einfach ein Jahr im Bachelor-Studium dranhängen. Die GdP hatte für sie deshalb gesonderte Kompaktkurse gefordert, mit der sich die Betroffenen gezielt auf die Wiederholungsprüfung vorbereiten können. Auch dieser Forderung hat der Innenminister inzwischen entsprochen.

Wir sind die GdP



Der 1. September ist nicht nur der Tag, an dem jedes Jahr die Berufseinsteiger ihr Bachelor-Studium beginnen, sondern es ist auch der landesweite Versetzungstag bei der Polizei NRW. 59 neue Kolleginnen und Kollegen hat das Polizeipräsidium Bochum in diesem Jahr bekommen, 17 haben die Behörde zum gleichen Stichtag verlassen. Die meisten Neuzugänge sind schon lange GdP-Mitglied, aber begrüßt hat die Kreisgruppe natürlich alle neuen Kolleginnen und Kollegen. Mit einem kleinen Empfang und einer eigens zusammengestellten Begrüßungsmappe, mit der sich nicht nur die Kreisgruppe bei den Neuen vorstellt, sondern in der auch alle wichtigen Adressen und Kontaktdaten der GdP und des örtlichen Personalrates aufgelistet sind. Damit von Anfang an alles richtig läuft.

„Wir wollen, dass sich jeder bei uns wohl fühlt“, sagt Kreisgruppenvorsitzender Holger Richter. „Deshalb sind bei der Begrüßung der Neuen nicht nur unsere Vorstandsmitglieder da, sondern auch Kolleginnen und Kollegen aus allen Arbeitsbereichen. Vom Wach- und Wechseldienst bis zur Kripo.“ Ein Konzept, das in Bochum bislang aufgegangen ist. 2000 Beschäftigte gibt es beim Polizeipräsidium Bochum. 1800 Mitglieder hat die Kreisgruppe. Zieht man die Senioren ab, liegt der Organisationsgrad bei den beruflich Aktiven bei siebzig Prozent. In Zukunft soll er sogar noch höher werden.

GdP aktiv

Werbeaktion 2010 Glücksnummern des Monats

45 59821
Manfred Köper, Gütersloh
45 18638
Marianne Fuhrmann, Viersen
45 18217
Roland Gies, Köln
45 18125
Christoph Schweizer, Aachen

Die Gewinner erhalten einen Plüschteddy „Polizei“ in blauer Uniform.

14. 10., GdP-Herbsttreff im Movie Park Germany, Bottrop/Kirchhellen, ermäßigter Eintritt für GdP-Mitglieder, Coupons und Infos über GdP-Servicebüro, Tel.: 02 11/2 91 01 10

19. 10., Tagung Höherer Dienst A 13/ A 14, Lindner Airporthotel, Düsseldorf

25. 10., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16.00 Uhr, Kantine Polizeipräsidium Dortmund

25. 10., DoKo-Turnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17.00 Uhr, Stammhaus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, 45359 Essen, Anmeldung: 02 01/8 29-24 80

28. 10., GdP-Tarifforum, 10.00 – 15.00

Uhr, LAFP BZ Carl Severing, Münster

3. 11., Tagung Höherer Dienst A 15/ A 16, Lindner Airporthotel, Düsseldorf

5. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20.00 Uhr, Hotel Handelshof in Mülheim/Ruhr

8. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten (ehemals Schützenhof), Werdohl

13. 11., DGB-Protestaktion gegen die Sparpläne der Bundesregierung, Westfalenhalle Dortmund

22.–25. 11., GdP-Bundeskongress, Berlin





Zu einem zweistündigen Meinungsaustausch haben sich am 31. August der Vorstand der GdP Mettmann und der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) getroffen. Steinbrück, der von 2002 bis 2005 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen war, hat seinen Wahlkreis in Mettmann. Themen des gemeinsamen Gesprächs, an dem auch Landesvorsitzender Frank Richter und der Düsseldorfer GdP-Bezirksvorsitzende Heinrich Senkowski teilgenommen haben, waren die Forderungen der GdP nach einer stärkeren strafrechtlichen Ahndung von Übergriffen auf die Polizei und das GdP-Konzept für eine Faktorisierung der Arbeitszeit.

Meyer-Lauber DGB-Vorsitzender

Mit Andreas Meyer-Lauber (GEW) stellt seit dem 18. September zum ersten Mal eine der kleineren Gewerkschaften den DGB-Vorsitzenden in NRW. Meyer-Lauber, der vor seiner Wahl zum DGB-Bezirksvorsitzenden sechs Jahre Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war, gilt als hartnäckiger, aber lösungsorientierter Verhandler.

„Dass jetzt an der Spitze des größten DGB-Bezirks ein Vertreter der kleineren Gewerkschaften steht, zeigt, wie wichtig auch in den beiden Großen im DGB, IG Metall und ver.di, der Zusammenhalt innerhalb des DGB gesehen wird“, lobt GdP-Landesvorsitzender Frank Richter die Wahl von Mayer-Lauber an die DGB-Spitze.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 10. Hans Flasdieck, Wuppertal
- 7. 10. Gerda Parchem, Duisburg
- 18. 10. Heinz Goertz, Mönchengladbach
- 19. 10. Martha Lubowski, Duisburg
- 20. 10. Margarethe Scheel, Merzenich
- 21. 10. Klara Damm, Essen
Gertrud Houben, Geilenkirchen
- 24. 10. Gerda Leopold, Köln
- 26. 10. Grete Rogall, Wilnsdorf
- 27. 10. Herta Laudien, Bochum
Walter Schubert, Gütersloh
- 30. 10. Margarete Knetsch, Köln
- 31. 10. Gertrud Brüggemann, Bochum

91. Geburtstag

- 9. 10. Charlotte Schwarze, Bielefeld
- 10. 10. Johann Dewitt, Düren
Leo Erven, Aachen
- 15. 10. Heinz Schnöring, Remscheid
- 16. 10. Johanna Schumacher, Köln
- 24. 10. Heinz Dusen, Nettetal
- 25. 10. Friedrich Jahn, Horn-Bad Meinberg
- 26. 10. Gisela Passmann, Essen
- 27. 10. Heinrich Jansen, Düsseldorf
Willi Poussin, Krefeld
- 28. 10. Katharina Kneip, Overath
- 30. 10. Mathilde Lammers, Ochtrup

92. Geburtstag

- 5. 10. Charlotte Majert, Essen

- 16. 10. Erwin Zühlke, Schneverdingen
- 28. 10. Erich Kruse, Wuppertal

93. Geburtstag

- 27. 10. Otto Zils, Köln
- 28. 10. Hans Lingen, Köln

94. Geburtstag

- 5. 10. Albert August Müller, Kamen
Elfriede Theumer, Bochum
- 17. 10. Hildegard Roth, Dorsten

95. Geburtstag

- 8. 10. Peter Marx, Frechen
- 12. 10. Wilhelm Hetzler, Bochum
- 15. 10. Else Vierboom, Bochum

96. Geburtstag

- 5. 10. Margarethe Oestreicher, Köln
- 31. 10. Kurt Reh, Bonn

97. Geburtstag

- 29. 10. Johanna Lonken, Wuppertal

98. Geburtstag

- 8. 10. Luise Schauch, Stolpen

99. Geburtstag

- 25. 10. Sophie Jäger, Hagen
- 29. 10. Käthe Manzke, Lüneburg

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 8. Oktober.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**

in Kurzfassung - Oktober 2010



Landesseniorenfahrt 2011

Kreuzfahrt mit der MSC Opera



“Atlantische Küsten entdecken” 7. - 15. Juli 2011

Erleben Sie mit uns auf der MSC Opera eine Reise ab Amsterdam entlang der französischen und spanischen Atlantikküste und kreuzen Sie von Southampton aus durch den Ärmelkanal zurück nach Amsterdam.

Ihre Route: Amsterdam - La Rochelle - Bilbao - La Coruna - Cherbourg - Southampton - Amsterdam

**Eingeschlossene Leistungen:
Kreuzfahrt laut Programm inklusive Vollpension
Deutschsprachige Bordbetreuung
GdP-Reisebegleitung**

**Preis pro Person in einer 2-Bett innen Kabine
ab € 799,00**

An-/Abreisepakete, Landausflüge und Getränkepakete können vorab zugebucht werden. Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an!

**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de**





Nur wer seine eigenen Schwächen kennt, gewinnt an Stärke. Offen und dialogorientiert waren deshalb die Diskussionen auf dem Follow-Up-Workshop zur Mitgliederentwicklung des Landesbezirks am 10. September in Hattingen. Fast 40 ehrenamtliche Funktionsträger aus den Kreisgruppen, Mitglieder des GVS und Sekretäre der Geschäftsstelle haben den Workshop genutzt, um gemeinsam eine Zwischenbilanz der Open-Space-Konferenz vom Januar zu ziehen: Was ist aus den Zielen und Projekten der Auftaktkonferenz geworden? Wo muss die GdP nachsteuern, um noch attraktiver zu werden? Eines der Ergebnisse der Konferenz: Kreisgruppen, in denen der Organisationsgrad deutlich unter dem der anderen liegt, sollen gezielte Unterstützung und Hilfe erhalten. Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand (GVS) will dazu ein eigenes Konzept entwickeln.

Zu den positiven, seit Januar erreichten Ergebnissen zählten die Workshop-Teilnehmer neben der neuen Homepage des Landesbezirks auch den zunehmenden Erfolg bei der gezielten Ansprache bislang nicht organisierter Kolleginnen und Kollegen für die GdP. Mehr als 70 Zweifler und Neumitglieder aus dem Bestand wurden seit Januar allein von den Workshop-Teilnehmern für die GdP gewonnen – neben der Mitgliederwerbung bei den Berufseinsteigern. Moderiert wurde der Workshop erneut von Gabriele von Camen.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

27. Oktober, Herbstwanderung durch das Wallonische Venn, mit eigener Anreise und Selbstverpflegung, nur für Geübte, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Parkplatz Centre Nature de Botrange.

Kreisgruppe Bielefeld

4. Oktober, Vorstandswahlen der Seniorengruppe, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Hotel Wiebracht, Cheruskerstr. 35, Bielefeld.

Kreisgruppe Bochum

7. Oktober, Ausflug in die Vulkaneifel, Treffpunkt: 8.00 Uhr, PP Bochum, Anmeldung: Herbert Weber, Tel.: 02 34/ 30 80 48.

Kreisgruppe Bochum

28. Oktober, Infoveranstaltung zum Thema Vollmacht, Betreuung und Patientenverfügung. Treffpunkt: 16.00 Uhr, Kantine des PP Bochum, Anmeldung: Herbert Weber, Tel.: 02 34/30 80 48.

Kreisgruppe Soest

11. Oktober, zusätzlicher Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafe Soest, Am Stadtpark 1, Soest.

Kreisgruppe Heinsberg

Terminänderung: Der Seniorenstammtisch vom 28. Oktober wird auf den 11. November verschoben, 15.00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülovenner Str. 92, Heinsberg.

Regelmäßige Termine:

www.gdp-nrw.de

NACHRUF

Baldes, Friedrich	24. 11. 1921	Wuppertal	Korsten, Maria	17. 12. 1924	Rheinisch Bergischer Kreis
Becker, Wilhelm	4. 12. 1912	Bottrop/Gladbeck	Krause, Erna	14. 1. 1917	Mettmann
Bosbach, Elisabeth	19. 3. 1917	Mettmann	Kunze, Andreas	27. 8. 1959	Hagen
Burghardt, Heinz	12. 1. 1933	Dortmund	Nitsch, Lore	30. 12. 1925	Mettmann
Deitelhoff, Franz	4. 7. 1928	Dortmund	Pharrherr, Anni	11. 2. 1916	Märkischer Kreis
Diestelmeyer, Willi	8. 9. 1925	Bielefeld	Pöhlend, Hans Dieter	22. 3. 1935	Mönchengladbach
Ehm, Reinhard	6. 3. 1954	Essen/Mülheim	Puderbach, Helmut	29. 8. 1935	Heinsberg
Eichler, Anna	23. 10. 1915	Kleve	Retsch, Emma	23. 8. 1927	Aachen
Emonts, Christian	19. 6. 1934	Essen/Mülheim	Schmidt, Minette	11. 4. 1925	Bielefeld
Gohlke, Winfried	31. 7. 1935	Siegen	Schwabl, Georg	4. 9. 1923	Bonn
Gries, Gustav	29. 5. 1921	Bonn	Schwamborn, Ernst	1. 11. 1931	Coesfeld
Hamacher, Karl	17. 8. 1914	Euskirchen	Stugg, Heinrich	8. 8. 1920	Köln
Hannemann, Wolfgang	27. 1. 1923	Autobahnpolizei Düsseldorf	Thiem, Gerhard	27. 9. 1920	Siegburg
Horres, Elli	18. 9. 1926	Paderborn	Wächter, Bernd	4. 4. 1958	Coesfeld
Kerl, Hildegard	26. 4. 1922	Bochum	Walter, Hans	4. 5. 1918	Soest
Klawuhn, Rolf	14. 8. 1941	Recklinghausen	Wellein, Erna	16. 2. 1921	Euskirchen
Klose, Wilhelmine	21. 1. 1930	Bottrop/Gladbeck	Wittka, Klaus	4. 10. 1933	Köln
Kochmann, Karl	5. 3. 1921	Gelsenkirchen	Zanzinger, Anni	26. 4. 1920	Wesel
			Zielmann, Hildegard	15. 12. 1919	Gelsenkirchen

